

Wann ist ein Grundrecht kein Grundrecht mehr?

Wenn Sie eine behördliche Genehmigung brauchen, um es auszuüben. Das ist genau das, was ein New York Gesetz macht, wenn es um die Erteilung von Waffenscheinen geht.

Von [Stephen P. Halbrook](#) | The Wall Street Journal, 3. November 2021



Wenn Sie im Bundesstaat New York eine Schusswaffe führen wollen, müssen Sie einen lokalen Beamten davon überzeugen, dass Sie einen „triftigen Grund“ dafür haben. In einigen Landkreisen (counties) ist das einfach, in anderen, darunter New York City, fast unmöglich. Am Mittwoch wird der [Oberste Gerichtshof](#) in der Rechtssache [New York State Rifle & Pistol Association gegen Bruen](#) darüber verhandeln, ob diese Regelung verfassungswidrig ist.

New York ist einer von nur sechs Staaten (die anderen sind Kalifornien, Hawaii, Maryland, Massachusetts und New Jersey), in denen das Recht, Waffen zu tragen, vom Ermessen eines Beamten abhängt, was für die Ausübung anderer Verfassungsrechte nicht notwendig ist. Vierundvierzig Staaten erlauben das Tragen von Waffen, ohne dass subjektiv bewertet wird, ob die Person hierfür ein „Bedürfnis“ hat, und 21 dieser Staaten verlangen gar keine Genehmigung für das Tragen von Waffen im eigenen Land, obwohl viele Menschen sie trotzdem beantragen, damit sie Waffen in anderen Staaten tragen können, mit denen ihr Bundesstaat Gegenseitigkeitsvereinbarungen hat.

Das Second Amendment besagt, dass „das Recht [,right'] des Volkes [,the people'] , Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht verletzt werden darf“. In seinem Schriftsatz an den Obersten Gerichtshof in der Rechtssache *Bruen* rechtfertigt New York die Verweigerung von Waffenscheinen damit, dass die Antragsteller „kein näher bestimmtes Bedürfnis nach bewaffneter Selbstverteidigung an allen öffentlichen Orten“ nachweisen konnten. Das lässt vermuten, dass die meisten „Menschen“ [,the people'] gar kein „Recht“ [,right'] auf das Tragen von Waffen haben. Es ist ein Privileg, das die Regierung nach eigenem Ermessen vergibt.

In der Rechtssache *District of Columbia v. Heller* (2008) sagte das Gericht, dass „Waffen tragen“ [,bear arms'] bedeutet, sie „am Körper, in der Kleidung oder in einer Tasche zu tragen“ zu dem Zweck ... bewaffnet und bereit zu sein für Angriffs- oder Verteidigungshandlungen, und dass „Selbstverteidigung ... der zentrale Bestandteil des Rechts an sich“ sei.

Im *Heller*-Urteil, in dem es um das Recht ging, Waffen innerhalb des eigenen Heims zu besitzen, stellte das Gericht fest, dass „Gesetze, die das Tragen von Schusswaffen an sensiblen Orten wie Schulen und Regierungsgebäuden verbieten“, mutmaßlich gültig sind. Das bedeutet, dass Einschränkungen, die an „allen öffentlichen Orten“ gelten, mutmaßlich *nicht* gültig sind.

Als Nächstes beruft sich New York auf Geschichte und Tradition, indem es das Statut von Northampton [in England, Anm. d. Übers.] aus dem Jahr 1328 heranzieht. Englische Gerichte legten dieses Gesetz aber so aus, dass es verboten war, Waffen zu tragen und dabei den öffentlichen Frieden zu stören, dass es aber nicht verboten war, Waffen zu tragen, wenn man sich friedlich verhielt. Die Gründer Amerikas hätten die Idee verachtet, dass man eine „Genehmigung des Königs“ braucht, um Waffen zu tragen – eine Vorschrift, die New York anführt, als sei sie Teil des amerikanischen Erbes.

Waffen in einer bedrohlichen Weise zu tragen, war eine andere Sache. Im Jahr 1786 erließ Virginia ein von Thomas Jefferson verfasstes Gesetz zum Schutz vor Gewalttaten in der Öffentlichkeit, das es Personen verbot, „bewaffnet zu spazieren oder zu reiten ... um im Land Schrecken zu verbreiten“. Wie unzählige Amerikaner besaß und trug auch Jefferson Pistolen. Er kopierte den Aphorismus des italienischen Strafrechtsreformers Cesare Beccaria aus dem 18. Jahrhundert in sein juristisches Notizbuch: „Gesetze, die das Tragen von Waffen verbieten, machen es für die Angegriffenen schlimmer und für die Angreifer besser.“

Abgesehen von den Verboten des verdeckten Tragens oder des bloßen Besitzes von Waffen durch Schwarze in den Südstaaten gab es vor dem Bürgerkrieg keine Einschränkungen für das friedliche Tragen von Waffen. Einige Staaten folgten dem Beispiel eines Gesetzes aus Massachusetts aus dem Jahr 1836, das vorsah, dass „im Falle einer Beschwerde von irgendeiner Person, die vernünftigerweise eine Verletzung oder einen Bruch des öffentlichen Friedens befürchtet“, eine Person die bewaffnet unterwegs ist „ohne vernünftigerweise einen Angriff oder eine andere Verletzung befürchten zu müssen“ eine

Summe an das Gericht zu bezahlen hat, falls sie den öffentlichen Frieden bricht, wobei eine andere Person für diese Summe zu bürgen hat.

Gemäß dem Gesetz von Massachusetts, so heißt es in dem New Yorker Schriftsatz, dürfen Menschen nur dann eine Waffe tragen, wenn sie einen triftigen Grund nachweisen konnten, was „ein direkter Vorläufer des hier in Rede stehenden Erlaubniskriteriums“ sei. Aber zuerst müsste ein Beschwerdeführer vor Gericht nachweisen, dass „er vernünftigerweise eine Verletzung oder einen Bruch des öffentlichen Friedens befürchtet“.

Als die Sklaverei 1865 abgeschafft wurde, erließ Mississippi ein Gesetz, das besagte, dass Schwarze „keine Feuerwaffen besitzen oder tragen dürfen, es sei denn sie haben die entsprechende Erlaubnis der Polizeibehörde ihres Landkreises“. Wie die Richter in der Rechtssache *McDonald gegen Chicago* (2010) feststellten, war dieses Gesetz mit Ermessensvorbehalt [may issue] genau die Art von Gesetz, die durch das Vierzehnte – und das Zweite – Amendment verboten werden sollte.

[Dr. Stephen Halbrook](#) ist Senior Fellow am [Independent Institute](#) in Oakland (Kalifornien) und Autor von „The Right to Bear Arms: A Constitutional Right of the People or a Privilege of the Ruling Class?“. Er reichte im Namen der National African American Gun Association einen Amicus-Schriftsatz zur Unterstützung des Gerichts in der Rechtssache *Bruen* ein.

Den amerikanischen Originalartikel „**When Is a Constitutional Right Not a Right?**“ kann man hier abrufen: <https://www.wsj.com/articles/constitutional-right-guns-new-york-supreme-court-pistol-11635886361>

Deutsche Übersetzung: Februar 2023
Die Links im Text stammen vom Übersetzer.